

Pressestimmen

SEEHOFERS RÜCKTRITT

Süddeutsche Zeitung

„Verzicht“ Weil Seehofer nicht die Stärke zum Verzicht hatte, als der richtige Zeitpunkt gewesen wäre, wurde er immer schwächer. Am Ende musste er durch angekündigte und zurückgenommene Rücktritte eine Autorität simulieren, die er längst verloren hatte. Seehofer spielte nur noch mit seinem Schicksal, ohne zu merken, dass niemand so an ihm hängt wie er an seinen Ämtern.

■ Süddeutsche Zeitung, München

NEUESTE NACHRICHTEN

„Konsequent“ Dass er den „Watschnbaum“ nicht mehr machen will, ist nur konsequent und vernünftig. Die Art jedoch nicht. Erst der Verzicht auf beide Ämter, dann doch nur auf eines. Mit der verlängerten Agonie seines Abschieds auf Raten tut Seehofer jedenfalls niemandem einen Gefallen – nicht sich selbst, nicht seiner Partei und nicht dem Ansehen der Politik bei den Bürgern.

■ Badische Neueste Nachrichten

Kalenderblatt



Foto: Archiv

DAS GESCHAH AM ...

14. November

■ 1918: Zwei Wochen nach der Ausrufung der Tschechoslowakischen Republik wählt die Nationalversammlung in Prag den Philosophieprofessor **Tomáš Garrigue Masaryk** zum ersten Präsidenten.

■ 1988: Der „Lucona“-Untersuchungsausschuss nimmt in Wien seine Arbeit auf.

■ **Geburtstag:** Helga Kromp-Kolb, österreichische Meteorologin und Klimaforscherin (*1948); Prinz Charles, Prince of Wales, britischer Thronfolger (*1948)

LESERBRIEFE

Leserbriefe finden Sie auf der Leserdialogseite, Seite 11, und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Start von „Licht ins Dunkel“

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

Michelle Obama

Amerikas Präsidentin der Herzen

Von Heidi Riepl

Man hat den Eindruck, als würde ganz Amerika auf sie warten. Zehntausende Menschen pilgern in die US-Stadien und zahlen bis zu 3000 Dollar für ein Ticket, nur um Michelle Obama zu sehen. Die Biografie der ehemaligen amerikanischen First Lady ist zwar erst gestern offiziell erschienen, doch schon jetzt ist das 500-Seiten-Werk ein internationaler Bestseller. Obwohl ihr Barack schon lange nicht mehr US-Präsident ist, ist die 54-Jährige noch immer Amerikas Präsidentin der Herzen. Als „coolste First Lady in der Geschichte“, die mehr Einfluss als Queen Elizabeth hat, wird sie in den Medien bezeichnet.

Schließlich war sie Amerikas erste schwarze First Lady und hat diese Rolle völlig neu definiert. Als „Mom in Chief“, wie sie sich selbst sah, hat sie Amerikas Gesellschaft geprägt. Obwohl die promovierte Juristin für ihren Mann die eigene Karriere auf Eis legte, hat sie die Themen gesetzt, die ihr wichtig sind: So hat sie Ernährungs- und Bildungsoffensiven gestartet und dabei der Lebensmittelindustrie entscheidende Veränderungen abgerungen. Ihre weltweite Ausbildungsoffensive für Mädchen hat viele Leben verändert. Michelle Obama wurde zwar als Stilikone gefeiert, blieb gleichzeitig aber stets herrlich normal und war nie um einen schlagfertigen Satz verlegen.

Ihr Werdegang könnte einem Hollywood-Drehbuch entstammen: Michelle kommt aus einfachen Verhältnissen. Mit Fleiß und Zielstrebigkeit schaffte sie den Aufstieg. Sie studierte an den Eliteuniversitäten Princeton und Harvard und arbeitete in einer renommierten Anwaltskanzlei, wo sie Barack kennenlernte,



Amerikas ehemalige First Lady veröffentlicht ihre Biografie und füllt Fußballstadien. Foto: Reuters

der ihr als Praktikant zugeteilt war. Ein Jahr später heirateten sie. Nach einer Fehlgeburt entschied sich das Paar zur künstlichen Befruchtung, um seine zwei Töchter zu bekommen, wie Michelle jetzt in ihrer Biografie zugeht. Kein Blatt vor den Mund nimmt sie sich auch über die Politik. Nach den Erfahrungen im politischen Rampenlicht weiß sie, dass sie „nie für ein Amt kandidieren will“, schreibt sie und enttäuscht damit wohl viele Demokraten.

Leitartikel

Von Wolfgang Braun



Aufklärung 2.0 gegen den digitalen Furor

Eine gute Stunde hat sich die Regierung gestern Zeit genommen, um mit Experten über Maßnahmen gegen Hass und Gewalt in der digitalen Welt zu beraten. Das ist ein bisschen kurz angesichts der unglaublichen Dimension der Bedrohung, die dieses Phänomen für unseren gesellschaftlichen Frieden bedeutet.

Den Vorwurf, dass es sich lediglich um eine Show-Veranstaltung für den schnellen Beifall gehandelt hat, kann die Koalition entkräften, wenn der gestrige Termin wirklich nur ein Startschuss war und sie an dieser gewaltigen Aufgabe dranbleibt. Pikant ist das Vorhaben deshalb, weil gerade die Regierungspartei FPÖ in den sozialen Medien brachiale Methoden verfolgt. Da würde es also auch sehr viel Selbstkritik und Bewusstseinsbildung in den eigenen Reihen brauchen.

Hass, Gewalt, Manipulation im Netz: Eine Bedrohung für die Demokratie

Die Verrohung der Sitten in der digitalen Welt besteht nicht alleine aus sexistischen oder rassistischen Postings. Nur einen geringen Teil von Beleidigung, Verhetzung oder Manipulation im Netz kann man mit der Aufhebung der Anonymität eindämmen.

Der Missbrauch der nahezu unbegrenzten Kommunikationsmöglichkeiten im Internet hat eine Wucht und eine globale Ausbreitung erreicht, die einen verzweifeln lassen können. Wenn russische Hacker und Trolle es schaffen, Wahlkämpfe in den USA, dem Mutterland des Internets, zu beeinflussen bzw. vielleicht sogar zu entscheiden, dann sollte jedem klar sein, dass es sich hier um eine Gefahr für jede Demokratie handelt. Und wenn es immer mehr Menschen gibt, die ihre Information ausschließlich aus hermetisch abgeschlossenen, algorithmusgesteuerten Echo-kammern in sozialen Netzwerken holen, dann sind sie für eine differenzierte Auseinandersetzung mit einem Thema nicht mehr erreichbar.

Kann man „das Netz“ bändigen, ohne dessen Errungenschaften zunichte zu machen? Schwer. Muss man die Entwicklung schicksals ergeben hinnehmen? Nein. Natürlich kann man etwas tun, auch als nationale Regierung. Aber dieser Weg ist mühsam und weit. Er führt nur über die Bildung: das Beherrschen der Kulturtechniken, Medienkunde, politische Bildung, das Prüfen von Quellen und Informationen. Dem digitalen Furor kann man nur ein digitales Zeitalter der Aufklärung entgegensetzen. Wenn etwas gegen Hetze und Verführung immunisiert, dann ist es Wissen.

✉ w.braun@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Trumps Allmacht: Von Washington bis Steyr

Die Zwischenwahlen in den USA haben gezeigt, dass US-Präsident Donald Trump fester im Sattel sitzt, als mancher hierzulande erwartet hätte. Eine Wiederwahl Trumps als Präsident der größten Wirtschaftsmacht der Welt in zwei Jahren liegt absolut im Bereich des Möglichen.

Das Resultat der Zwischenwahlen ist aus wirtschaftspolitischer Sicht für das Land Oberösterreich nicht unerheblich. Es ist dabei die internationale Handelspolitik, welche eine direkte Verbindung zwischen Washington auf der einen und den exportorientierten Unternehmen in Linz, Wels oder Steyr

auf der anderen Seite herstellt. Trump wird im Ausgang der Zwischenwahlen – unbescheiden, wie er ist – Zustimmung zu seiner handelspolitischen Linie erkennen.

Man muss auch ehrlicherweise zugeben, dass die medial perfekt inszenierten Strafzölle gegen China ihre Wirkung nicht ganz zu verfehlen scheinen. Trump ist ein geschickter Verhandler, da gibt es kaum Zweifel. Offensichtlich treffen die Strafzölle das mächtige China an einem wunden Punkt und zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt, befindet sich die chine-



VON TEODORO D. COCCA

sische Wirtschaft doch in sichtbaren Schwierigkeiten.

Inhaltlich kämpft Trump zudem auch ein bisschen für oberösterreichische Unternehmen, denn er fordert beispielsweise einen offeneren Marktzugang zum Reich der Mitte und eine strikere Einhaltung von Patentrechten – sehr gerechtfertigte Anliegen.

Die Bereitschaft, einzulenken, dürfte auf chinesischer Seite durchaus realistisch sein und würde auch den österreichischen Unternehmen durch einen offeneren Zugang zum größten Markt des

Planeten Vorteile bringen. Sollte es zu einer Annäherung zwischen China und den USA kommen, könnte dies aber Folgen für den Handelskonflikt zwischen den USA und der EU haben. Es würde für Trump auf der Hand liegen, die in diesem Falle erfolgreiche Verhandlungsstrategie gegenüber China auf die EU anzuwenden.

Und was würde sich für eine Eskalation besser eignen als das ebenfalls sehr große Handelsungleichgewicht gegenüber Deutschland? Damit wäre die mit Deutschland eng verzahnte oberösterreichische Wirtschaft plötzlich mitten im Zentrum des Konfliktes. Denn eine unter Druck gesetzte

deutsche Wirtschaft würde sicherlich den Druck an die – unter anderem auch oberösterreichischen – Zulieferer weitergeben.

In Summe ist aus oberösterreichischer Sicht damit vor allem eine geopolitische Beziehung strategisch besonders wichtig: diejenige zwischen Trump und dem oder der neuen deutschen Bundeskanzlerin, falls Merkel tatsächlich bald komplett abtreten müsste. Eine Eskalation zwischen den USA und Deutschland würde auch ganz Oberösterreich zu spüren bekommen – und wie.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der JKU